



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

FORSCHUNGSBEREICH



Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer?



Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-5

Der Policy Brief wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und von der Stiftung Mercator gefördert

Der Sachverständigenrat ist eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
1 Parteien in der Einwanderungsgesellschaft	6
1.1 Parteipositionierungen in der Integrations- und Migrationspolitik	6
1.2 Forschungsstand zu Parteipräferenzen	7
2 Parteipräferenzen von Zuwanderern: Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers	9
2.1 Grundsätzliche Neigung zu (irgend-)einer politischen Partei: keine Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund	9
2.2 Aufenthaltsdauer und Geschlecht: wichtigste Faktoren für das Bestehen einer Parteipräferenz	9
2.3 Parteipräferenzen: Konstanz und Schwund ‚alter‘ Bindungen	12
2.3.1 Spät-/Aussiedler: Abkehr von den Unionsparteien?	13
2.3.2 Türkeistämmige: Bindung an die SPD bleibt stabil	14
2.3.3 EU-Zuwanderer (bis 2000 eingewandert): Rot-Grün bevorzugt	14
2.3.4 EU-Neuzuwanderer: starke Tendenz zur Union	15
2.3.5 Zuwanderer aus der „übrigen Welt“: mehrheitlich links der Mitte	15
2.4 Deutsche Staatsangehörigkeit: für die Parteipräferenz kaum von Bedeutung	16
2.5 Bildungsniveau: kaum Zusammenhänge mit der Parteipräferenz	17
2.6 Parteipräferenzen im Generationenverlauf: Angleichung an die Mehrheitsbevölkerung	19
2.7 Parteipräferenzen und Einreisewellen: wechselnde Bindungen	20
2.8 Diskriminierung: Benachteiligte tendieren nach links	21
3 Fazit und Handlungsempfehlungen	22
Literatur	24
Anhang	26
Tab. 3 Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen	26

Das Wichtigste in Kürze

- Zuwanderer interessieren sich nicht grundsätzlich weniger für politische Parteien als Menschen ohne Migrationshintergrund. Sie brauchen aber eine gewisse Zeit, um sich in der deutschen Parteienlandschaft zurechtzufinden.
- Als ‚Partei ihrer Wahl‘ nennen Zuwanderer im SVR-Integrationsbarometer an erster Stelle die SPD (40,1 %). Dann folgen die Union (27,6 %), Bündnis 90/Die Grünen (13,2 %) und Die Linke (11,3 %).
- Im Unterschied zu früheren Befragungen bevorzugen Zuwanderer damit mehrheitlich Parteien links der Mitte. Dies liegt vor allem daran, dass die Spät-/Aussiedler der Union nicht mehr so nahe stehen wie früher und dass kleinere Parteien mehr Zustimmung finden.
- Die einzelnen Herkunftsgruppen neigen unterschiedlichen Parteien zu:
 - **Spät-/Aussiedler** bevorzugen nach wie vor eher die Unionsparteien (45,2 %). Der Anteil ist aber deutlich kleiner als in allen früheren Befragungen.
 - Bei den **Türkeistämmigen** ist weiterhin die SPD die mit Abstand beliebteste Partei (69,8 %).
 - **EU-Zuwanderer**, die bis 2000 nach Deutschland zugewandert oder in der Bundesrepublik geboren sind, ziehen Rot-Grün vor.
 - **EU-Neuzuwanderer**, die meist aus osteuropäischen Ländern kommen, neigen den Unionsparteien zu.
 - **Zuwanderer aus der „übrigen Welt“** bevorzugen eher die linken Parteien.
- Menschen mit Migrationshintergrund werden als Wähler zunehmend wichtiger. Deshalb sollten die Parteien diese unterschiedlichen Gruppen stärker berücksichtigen.



Zusammenfassung

In Deutschland leben 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund; ihr Anteil an der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Für die politischen Parteien bietet sich hier ein Potenzial an Wählern, Mitgliedern und Funktionsträgern, das bislang kaum ausgeschöpft wurde. Dieser Policy Brief untersucht, welchen Parteien Zuwanderer in Deutschland nahestehen. Die erhobenen, mittel- bis langfristig stabilen Präferenzen sind ein starker Hinweis darauf, welche Partei die Betroffenen tatsächlich wählen würden. Frühere Befunde der Wahl- und Parteienforschung stimmten weitgehend darin überein, dass Zuwanderer etwa zu gleichen Teilen den beiden sogenannten großen Volksparteien zuneigen; dabei bevorzugten Spät-/Aussiedler die CDU/CSU und Türkeistämmige die SPD.

Dieser Policy Brief untersucht die Parteipräferenzen von Zuwanderern erstmals genauer nach verschiedenen Herkunftsgruppen. Er basiert auf einer Sonderauswertung des SVR-Integrationsbarometers 2016. Das Barometer erfasst nicht nur Spät-/Aussiedler und Türkeistämmige, sondern auch andere Gruppen: EU-Zuwanderer, die bis zum Jahr 2000 nach Deutschland gekommen sind, EU-Neuzuwanderer (die ab 2001 zugewandert sind) und Personen aus der „übrigen Welt“. Damit lassen sich Parteineigungen innerhalb der Zuwandererbevölkerung sehr viel genauer untersuchen.

Fasst man alle Herkunftsgruppen zusammen, bevorzugen Zuwanderer deutlich die SPD (40,1 %) vor der CDU/CSU (27,6 %). Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund ist das Ergebnis fast spiegelverkehrt: Hier steht die Union in der Gunst der Befragten deutlich vor der Sozialdemokratie (40,9 % gegenüber 27,9 %).

Die Analyse zeigt auch, dass sich Zuwanderer in Deutschland genauso stark für die politischen Parteien interessieren wie Menschen ohne Migrationshintergrund. In beiden Gruppen geben knapp 70 Prozent an, dass sie eine bestimmte politische Partei präferieren. Wichtig für die Herausbildung einer Parteipräferenz sind die Aufenthaltsdauer in Deutschland und das Geschlecht: Je länger eine Person in Deutschland lebt, desto häufiger bevorzugt sie eine bestimmte Partei; dabei geben Frauen mit Migrationshintergrund signifikant seltener eine Parteipräferenz an als Männer.

Für die Türkeistämmigen bestätigen die Daten die stabile Bindung an die SPD, die aus früheren Untersuchungen bekannt ist. Bei den Spät-/Aussiedlern dagegen zeigt sich in der traditionellen Zustimmung zur CDU/CSU ein regelrechter Einbruch. Dafür finden die Unionsparteien großen Zuspruch bei den EU-Neuzuwanderern, die vor allem aus Polen, Rumänien und Bulgarien kommen. Die anderen EU-Zuwanderer und Menschen aus der „übrigen Welt“ bevorzugen dagegen mehrheitlich die SPD oder auch andere Parteien links der Mitte¹ wie die Grünen und Die Linke.

Die Parteineigungen der Zuwanderer haben sich also zum Teil deutlich gewandelt. Das Herkunftsland bestimmt nicht mehr automatisch – und schon gar nicht dauerhaft –, welche Partei sie bevorzugen. **Mit dieser Erkenntnis geraten auch die politischen Parteien unter Handlungsdruck: Sie können sich nicht mehr auf alte Verbundenheiten verlassen. Vielmehr müssen sie auf die Bedürfnisse und Interessen von Zuwanderern gezielt eingehen und sich für diese Personengruppe öffnen, wenn sie sie als Parteimitglieder, (potenzielle) Wähler oder zukünftige Mandatsträger gewinnen wollen.**

1 Zur Verwendung der Begriffe „links“, „rechts“ oder „Mitte“ siehe den Essay „Ende der Volksparteien“ (Lösche 2009), der den Wandel des Parteiensystems in Deutschland und das Ende der klassischen Rechts-links-Teilung analysiert.

1 Parteien in der Einwanderungsgesellschaft²

Die Bevölkerung in Deutschland wandelt sich: Durch demografische Alterung und anhaltend hohe Nettozuwanderung ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund³ auf zuletzt 17 Millionen im Jahr 2015 gestiegen (Statistisches Bundesamt 2016a). Das entspricht etwa 21 Prozent der Gesamtbevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Wähler mit Migrationshintergrund haben für die Demokratie in Deutschland heute schon großes Gewicht und werden die politische Landschaft in Zukunft noch stärker mitgestalten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 zählte der Bundeswahlleiter 5,8 Millionen Wahlberechtigte mit einem Migrationshintergrund, davon waren etwa die Hälfte Eingebürgerte (Der Bundeswahlleiter 2013; Statistisches Bundesamt 2013).

Im Jahr 2000 wurde das Staatsbürgerschaftsrecht umfassend reformiert; unter anderem wurde die Mindestaufenthaltsdauer für eine Einbürgerung von 15 auf 8 Jahre gesenkt und neben dem Abstammungs- auch das Geburtsortprinzip eingeführt. Seither haben etwa 1,9 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2015) den „Königsweg zur vollwertigen politischen Partizipation“ beschritten und sich einbürgern lassen (Hunger/Candan 2009: 18). Damit ist das ‚Einbürgerungspotenzial‘ aber bei Weitem nicht ausgeschöpft: Fast fünf Millionen Ausländer erfüllen heute schon die Voraussetzungen für eine Einbürgerung und könnten relativ schnell Wahlbürger werden.⁴

Ohne die deutsche Staatsangehörigkeit sind die Möglichkeiten politischer Teilhabe eingeschränkt: Al-

len Ausländern stehen zwar ebenso wie Deutschen das Petitionsrecht und die Versammlungs- und Vereinsfreiheit offen. Vom aktiven und passiven Wahlrecht sind sie jedoch ausgeschlossen, sofern sie nicht Staatsbürger eines EU-Mitgliedstaats sind. EU-Bürger können sich seit dem Vertrag von Maastricht von 1992 bei Kommunal- und Europawahlen beteiligen, auch wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit des Landes haben, in dem sie leben. Drittstaatsangehörige können allenfalls einfaches Mitglied einer Partei werden, um sich politisch zu betätigen; dafür gelten je nach Partei unterschiedliche Voraussetzungen.⁵

Die Zahl der Menschen, die Mitglied einer politischen Partei sind, ist in Deutschland zwischen 1990 und 2015 auf die Hälfte gesunken; von den etablierten Parteien gelang es nur den Grünen, die Anzahl ihrer Mitglieder im Vergleich zu 1990 zu erhöhen (Niedermayer 2016).⁶ Der Anteil der Parteimitglieder mit Migrationshintergrund wird bislang nicht erfasst; nichtrepräsentative Erhebungen zeigen aber, dass sie deutlich unterrepräsentiert sind (vgl. SVR 2014: 120).

Für die Parteien in Deutschland sind die 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund somit nicht nur als (potenzielle) Wähler interessant, sondern auch als Mitglieder oder zukünftige Mandats- und Funktionsträger.

1.1 Parteipositionierungen in der Integrations- und Migrationspolitik

Für die Herausbildung einer Parteipräferenz von Menschen mit Migrationshintergrund ist vor allem wich-

2 Dieser Policy Brief wurde begleitet von Prof. Dr. Gianni D’Amato, Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der SVR-Forschungsbereich. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des SVR wider.

3 Die Begriffe „Personen mit Migrationshintergrund“ und „Zuwanderer“ werden im Folgenden synonym verwendet. Für eine ausführliche Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“ siehe https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=3198544, 13.09.2016.

4 Neben der Aufenthaltsdauer müssen für eine Einbürgerung noch weitere Voraussetzungen erfüllt sein (z. B. muss die betreffende Person sich acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhalten und ihren Lebensunterhalt eigenständig sichern können). Das Einbürgerungspotenzial wird pauschal errechnet aus der Anzahl der Ausländer, die schon zehn Jahre und länger in Deutschland leben (vgl. Statistisches Bundesamt 2016b). Zu den methodischen Besonderheiten bei der Berechnung vgl. SVR 2015: 127.

5 Für eine Übersicht zu den Bedingungen der Parteimitgliedschaft für Ausländer vgl. Müssig und Worbs 2012: 29, Fn. 21.

6 Im Jahr 1990 waren etwa 2,4 Millionen Menschen Mitglied in einer der sechs Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (damals: PDS). Zum Jahresende 2015 waren die Mitgliedschaften auf etwa 1,2 Millionen gesunken. Die dramatischsten prozentualen Verluste hatten Die Linke (-79,0 %) und die FDP (-68,4 %). In absoluten Zahlen erlitt die SPD den größten Verlust (-500.588 Mitglieder) (vgl. Niedermayer 2016).

tig, welche inhaltlichen Positionen die Parteien in der Migrations- und Integrationspolitik beziehen (Müssig/Worbs 2012: 27). Hier zeichnet sich im deutschen Parteiensystem eine Konfliktlinie zwischen „monokulturellen“ und „multikulturellen“ Orientierungen ab (Wüst 2004). So ist die CDU/CSU traditionell eher an einer Leitkultur, also monokulturell ausgerichtet und zeigte sich lange zurückhaltend darin, weitere Einwanderung zu ermöglichen und die Integration von Ausländern zu fördern. Die SPD dagegen hatte in ihrer Tradition als Arbeiterpartei die ausländischen und eingebürgerten ‚Gastarbeiter‘ bereits früh als Adressaten ihrer Politik identifiziert. Die drei kleineren Parteien Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP sind migrationspolitisch grundsätzlich sehr liberal und integrationsfreundlich ausgerichtet. Sie setzen dabei aber unterschiedliche Schwerpunkte: Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke konzentrieren sich traditionell auf Asyl- und Menschenrechtspolitik, während die FDP vor allem versucht, die Einwanderungsbedingungen für qualifizierte Arbeitskräfte zu liberalisieren (vgl. von Wilamowitz-Moellendorff/Wolffs 2001). Die Positionen der Parteien in diesem Politikfeld haben sich seit den 1980er und 1990er Jahren unbestreitbar angenähert – aber wohl kaum so weit, dass die Konfliktlinie langsam verschwindet, wie Wüst konstatiert (vgl. Wüst 2016: 415). Dagegen sprechen die aktuellen Debatten z. B. um Obergrenzen für die Aufnahme von Schutzsuchenden oder die Integration von Muslimen. Zum Fortbestand der Konfliktlinie trägt auch eine neue Partei bei: die Alternative für Deutschland (AfD). Sie wurde 2013 gegründet und hat bei der Europawahl 2014 erstmals Mandate gewonnen. Bereits in ihrer Frühphase hatte sie sich als Euro-kritische und einwanderungsskeptische Partei etabliert. Nach einer personellen und inhaltlichen Neuaufstellung im Sommer 2015 wurde ihr zentrales Merkmal eine sehr restriktive Migrations- und Integrationspolitik, die die Flüchtlingspolitik der

Bundesregierung grundsätzlich ablehnt.⁷ Dabei sucht die AfD auch die Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund, die Neuzuwanderung ebenfalls ablehnen. Hier zielt sie insbesondere auf die deutschstämmigen Spät-/Aussiedler als mögliche Sympathisanten.⁸

1.2 Forschungsstand zu Parteipräferenzen

In Bezug auf die politische Partizipation von Zuwanderern insgesamt hat das Forschungsinteresse zwar zugenommen, doch die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund fristet in der Parteien- und Wahlforschung bislang eher ein Nischendasein. Das liegt vor allem an der Schwierigkeit, mit vertretbarem Aufwand empirische Daten zu erheben und auszuwerten (vgl. schon Wüst 2003: 29). Wenn Nachwahlbefragungen innerhalb ihrer Stichprobe zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden, sind die Fallzahlen für die Personen mit Migrationshintergrund oft zu gering, um genauere Analysen zu erlauben (etwa bezogen auf die Herkunftsgruppen oder in Kombination mit anderen Merkmalen wie Geschlecht, Alter und Bildungsgrad). Die bislang erhobenen empirischen Daten erfassen zudem unterschiedliche Aspekte von politischer Partizipation: Die einen beziehen sich darauf, welche Parteien die Befragten konkret wählen wollen bzw. gewählt haben; andere untersuchen, welcher Partei die Befragten generell zuneigen (vgl. den Forschungsüberblick von Müssig/Worbs 2012). Zwar hängen die beiden Aspekte eng zusammen – wer eine bestimmte Partei präferiert, würde sie wahrscheinlich auch wählen.⁹ Dennoch handelt es sich um zwei unterschiedliche Konstrukte: Die Frage nach der Parteipräferenz im SVR-Integrationsbarometer 2016, auf die sich der vorliegende Policy Brief stützt, ermittelt die mittel- bis langfristige Neigung zu

7 Die Aufstellung der Partei als einwanderungskritisch fiel in das letzte Drittel der Befragungszeit, womit eine Einordnung der Ergebnisse nicht möglich ist. Die Ergebnisse zu dieser Partei werden daher hier nicht berücksichtigt. Sie werden aber im Anhang genau aufgeschlüsselt. Eine jüngst erschienene Auswertung von SOEP-Daten aus dem Jahr 2016 analysiert die Entwicklung der Anhängerschaft der AfD (Kroh/Fetz 2016).

8 Die AfD ließ als einzige Partei ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl in Brandenburg 2014 komplett ins Russische übersetzen (<http://www.afd-brandenburg.de/wahlprogramm-auf-russisch/>, 13.09.2016). Für den Berliner Landtagswahlkampf 2016 wurde auf einer Pressekonferenz am 29.07.2016 neben der russischen auch eine polnische Übersetzung des Wahlprogramms vorgestellt; beide Übersetzungen waren allerdings nicht im Internet zu finden.

9 Die Parteipräferenz ist die zentrale Erklärungsvariable für die konkrete Wahlabsicht (z. B. Wüst 2002: 219).

einer politischen Partei. Diese Neigung speist sich aus verschiedenen, vergleichsweise stabilen Faktoren, vor allem der individuellen Sozialisation, der Bildung und der sozioökonomischen Situation. Bei der Frage, welche Partei die Befragten wählen würden, wenn am folgenden Sonntag eine Wahl stattfände, spielen dagegen auch die aktuelle Stimmung oder wahltaktische Fragen eine Rolle. **Die Frage nach der (längerfristigen) Parteipräferenz geht also über die (kurzfristige) Sonntagsfrage hinaus.** Wenn Menschen überhaupt einer bestimmten Partei zuneigen – unabhängig davon, welche das ist –, kann das zudem als Zeichen gewertet werden, dass sie sich dem politischen System der Bundesrepublik als parlamentarischer Parteiendemokratie verbunden fühlen.

In der Forschung zu Wahlabsichten von Zuwanderern haben die Arbeiten von Andreas M. Wüst „Pionierfunktion“ (Hunger/Candan 2009: 19).¹⁰ Sie haben u. a. gezeigt, dass Eingebürgerte im Schnitt etwas seltener eine konkrete Wahlabsicht äußern als Personen ohne Migrationshintergrund.¹¹ Dabei benennen sie tendenziell häufiger die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU, wobei Türkeistämmige eher die SPD angeben und Spät-/Aussiedler eher die CDU/CSU. Der verlässlichste Indikator für die Wahlabsicht von Eingebürgerten ist das Land der vorherigen Staatsbürgerschaft. Je besser die Menschen allerdings in Deutschland integriert sind, desto weniger lässt sich ihre parteipolitische Einstellung nach dem Herkunftsland vorhersagen (Wüst 2003).

Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) – eine der größten regelmäßig durchgeführten Umfragen zu verschiedenen Themen, die für die Bevölkerung in Deutschland repräsentativ ist – zur Parteipräferenz zeigen, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund allgemein (also nicht nur Eingebürgerte) seltener einer bestimmten Partei zuneigen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Zudem bestätigen die Auswertungen der SOEP-Daten, dass Spät-/Aussiedler allgemein die Unionsparteien bevorzugen und Türkeistämmige die SPD, auch wenn man sozialstrukturelle

und demografische Hintergrundmerkmale wie Bildungsniveau, berufliche Stellung, Einkommen, Alter und Geschlecht berücksichtigt (Kroh/Tucci 2009: 825). Die Parteipräferenz bleibt zwar bestehen, wenn die Zuwanderer länger in Deutschland leben, auch über die erste Generation hinweg. Die exklusive Bindung an die jeweilige Partei nimmt jedoch allmählich ab und die Einstellungen werden vielfältiger (Kroh/Tucci 2009: 822–825).

Darüber hinaus zeigen andere Analysen (u. a. von Daten des European Social Survey (ESS)), dass sich bei Zuwanderern – ähnlich wie bei Personen ohne Migrationshintergrund – die soziodemografischen Merkmale ‚männlich‘, ‚fortgeschrittenes Lebensalter‘ und ‚erwerbstätig‘ positiv auf das politische Interesse auswirken (Müssig/Worbs 2012: 22/23). Die ESS-Daten zeigen zudem, dass Zuwanderer der zweiten Generation, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben, ebenso häufig (irgend-)eine Parteineigung angeben wie Personen ohne Migrationshintergrund (Müssig/Worbs 2012: 28).

Nach einer Sonderauswertung des SVR-Integrationsbarometers 2012 zur potenziellen Wahlabsicht von nicht wahlberechtigten Drittstaatsangehörigen neigen Zuwanderer der ersten Generation mit ausländischer Staatsangehörigkeit seltener einer bestimmten Partei zu als eingebürgerte Zuwanderer der ersten Generation (SVR-Forschungsbereich 2013: 13). Zudem bevorzugen sowohl Zugewanderte aus Drittstaaten als auch Zugewanderte aus EU-Staaten die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD gegenüber kleineren Parteien; vergleichsweise starken Zuspruch finden aber auch die Grünen (SVR-Forschungsbereich 2013: 13).

Obwohl die verschiedenen Datengrundlagen Mängel aufweisen bzw. qualitativ sehr unterschiedlich sind, kommt die bisherige Forschung über die Wahlabsichten und die Parteipräferenzen von Zuwanderern damit zu relativ ähnlichen Ergebnissen. Diese beschränken sich allerdings auf ganz bestimmte Teilgruppen der Menschen mit Migrationshintergrund (etwa Eingebürgerte). Gemeinsam ist den bisherigen Befunden

10 Wüst erhob zunächst eigene Daten zum Wahlverhalten von eingebürgerten Personen (Wüst 2000). Dann wertete er das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen aus, dem im Zeitraum von Oktober 2001 bis September 2002 eine Frage nach Einbürgerung hinzugefügt wurde (Wüst 2002; 2003; 2004). Wüsts Stichprobe umfasst jeweils Personen aus der Türkei sowie Spät-/Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen und Rumänien.

11 Damit bestätigt Wüst Erkenntnisse aus der Forschung zur Partizipation von Zuwanderern (Diehl/Urbahn 1998: 34).

eine zentrale Schwäche: Erhebungen wie die jährlich stattfindende Befragung des SOEP erlauben kaum Aussagen über einzelne Zuwanderergruppen, abgesehen von den vergleichsweise großen Gruppen der Türkeistämmigen und der Spät-/Aussiedler. Auch in anderen Befragungen waren die Stichproben bislang stets zu klein, um vertiefte Analysen für einzelne Herkunftsgruppen zu erlauben. **Die vorliegende Analyse der Daten des SVR-Integrationsbarometers 2016 schließt diese Lücke. Sie liefert erstmals detaillierte, repräsentative Befunde zu Parteipräferenzen, die nicht nur nach Migrationshintergrund, sondern auch nach Herkunftsgruppen aufgeschlüsselt sind.**¹²

2 Parteipräferenzen von Zuwanderern: Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers

Die Parteipräferenz drückt die langfristige Neigung zu einer bestimmten Partei aus; daher kann sie generell auch als Hinweis gewertet werden, dass die betreffende Person sich dem politischen Parteiensystem in Deutschland verbunden fühlt (s. Kap. 1.2). Sie hängt zwar eng mit dem tatsächlichen Wahlverhalten zusammen, gilt aber in Abgrenzung zur konkreten Wahlabsicht als eine stabile (psychologische) Bindung (vgl. Sears/Levy 2003). Bei der Herausbildung einer Parteineigung gelten je nach Forschungsperspektive unterschiedliche Faktoren als besonders wichtig. Zu diesen Faktoren gehören etwa die frühe Sozialisation im Elternhaus und darüber vermittelt das Bildungsniveau und die soziale Lage eines Individuums oder die Werte und Normen des sozialen Umfelds (vgl. Schäfer/Schwander/Manow 2016). Bei Zuwanderern ist die Entstehung einer Parteineigung zudem häufig mit der individuellen Migrationsbiografie verbunden: Nach der Ankunft im Zielland orientieren sie sich im neuen politischen System, indem sie die einzelnen Parteien und deren Angebote vor dem Hintergrund ihrer politischen Bildung und Sozialisation im Herkunftsland einordnen. So sind beispielsweise Menschen aus auto-

ritären oder halbautoritären Staaten, die entsprechend wenig Erfahrung im Umgang mit Demokratie haben, häufiger unsicher, ob sie an Wahlen teilnehmen werden, als Zuwanderer aus einem demokratischen Staat (vgl. SVR-Forschungsbereich 2013: 10).

Die folgenden Analysen beziehen wahlberechtigte und nicht wahlberechtigte Zuwanderer ein. Dabei gehen sie über die Unterscheidung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund hinaus und geben Einblick in die Parteipräferenzen einzelner Herkunftsgruppen.

2.1 Grundsätzliche Neigung zu (irgend-)einer politischen Partei: keine Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Damit ein Zuwanderer überhaupt eine bestimmte Partei benennen kann, der er tendenziell zuneigt, muss er sich im politischen System der Bundesrepublik erst einmal so weit orientieren, dass ihm die verschiedenen Parteien und ihre jeweilige Positionierung in der politischen Landschaft zumindest grob bekannt sind. Das erfordert neben einem entsprechenden Politikinteresse in der Regel auch ein gewisses Maß an Deutschkenntnissen. In der Forschung gelten sprachliche Hürden als ein Grund dafür, dass Zuwanderer seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund eine Parteineigung angeben (vgl. Kroh/Tucci 2009). Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2016 belegen hier allerdings keine statistisch signifikanten Unterschiede: Von den Befragten ohne Migrationshintergrund nannten insgesamt 69,7 Prozent eine bevorzugte Partei; bei denen mit Migrationshintergrund waren es 68,5 Prozent.

2.2 Aufenthaltsdauer und Geschlecht: wichtigste Faktoren für das Bestehen einer Parteipräferenz

Eine genauere Betrachtung nach Herkunftsgruppen zeigt, dass nicht alle Zuwanderergruppen gleich häufig

¹² Der Fokus der Analysen liegt im gesamten Policy Brief auf den Zuwanderern bzw. den einzelnen Zuwanderergruppen. Die Personengruppe ohne Migrationshintergrund dient vor allem als Bezugsrahmen, um die Befunde einzuordnen.

Info-Box 1 Das SVR-Integrationsbarometer 2016

Für das SVR-Integrationsbarometer 2016 wurden bundesweit 5.396 Personen befragt, davon 1.333 Personen ohne Migrationshintergrund, 999 Spät-/Aussiedler, 1.003 Türkeistämmige, 1.037 Zuwanderer aus einem EU-Land oder ihre Nachkommen und 1.024 Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“. Die Ergebnisse sind repräsentativ für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und darüber hinaus für die einzelnen genannten Herkunftsgruppen. Innerhalb der EU-Gruppe wurden überproportional häufig Personen befragt, die in den letzten Jahren eingewandert sind, um auch zu dieser Gruppe repräsentative Aussagen treffen zu können. Die Herkunftsgruppe „EU ≤ 2000“ besteht aus 532 Personen, die selbst bis Ende 2000 aus einem EU-Land eingereist oder Nachkommen eines EU-Zuwanderers sind. Die Herkunftsgruppe „EU > 2000“ enthält 505 Personen, die ab dem Jahr 2001 nach Deutschland zugezogen sind.

Die Herkunftsgruppen wurden durch Gewichtung den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung angepasst; ebenso wurde jede Herkunftsgruppe anhand ausgewählter soziodemografischer Merkmale auf der Basis des Mikrozensus an die Grundgesamtheit angeglichen. Laut Mikrozensus 2013 umfassen die betrachteten Gruppen 3,4 Millionen Spät-/Aussiedler, 2,1 Millionen Türkeistämmige, 2,5 Millionen bis 2000 zugezogene EU-Zuwanderer und ihre Nachfahren (EU ≤ 2000), 1,0 Millionen EU-Neuzuwanderer (EU > 2000) und 3,5 Millionen Zuwanderer aus der „übrigen Welt“.

Die Befragung wurde zwischen März und August 2015 von BIK Aschpurwis + Behrens GmbH durchgeführt. Sie erfolgte über Mobilfunk und Festnetz; dazu wurde der Telefonnummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. genutzt. Die Befragung fand auf Deutsch, Englisch, Türkisch oder Russisch statt.

Für die Auswertung der Parteieigung wurden Befragte unter 18 Jahren aus der Analyse ausgeschlossen. Die entsprechende Frage lautet: „Unabhängig davon, ob Sie wählen dürfen oder nicht, welcher politischen Partei neigen Sie allgemein zu?“ Parteien, die in den meisten Herkunftsgruppen unter der Fünf-Prozent-Hürde bleiben, werden zur Kategorie „andere“ zusammengelegt. Eine detailliertere Aufschlüsselung der Ergebnisse bietet Tab. 3 im Anhang. Ein umfassender Methodenbericht kann auf der SVR-Website abgerufen werden.

eine Partei bevorzugen (Tab. 1): **In der Gruppe derer, die seit 2001 aus der EU nach Deutschland zugewandert sind, äußern die wenigsten eine Parteipräferenz**, nämlich nur etwa die Hälfte (50,7 %). Bei dieser Gruppe handelt es sich ausschließlich um Neuzuwanderer der ersten Generation, d. h. die betreffenden Personen leben seit höchstens 14 Jahren in Deutschland (Info-Box 1).

Unabhängig von der Herkunft ist die Aufenthaltsdauer maßgeblich dafür, ob Zuwanderer eine bestimmte Partei bevorzugen oder nicht (Abb. 1). Dies bestätigt die Annahme, dass Zuwanderer in den ersten Jahren ihres Aufenthalts eine Art Orientierungsphase durchlaufen, in der sie die politischen Ausrichtungen der Parteien in das eigene politische Weltbild einord-

nen und ihre konkreten Inhalte kennenlernen. Zuwanderer, die erst 5 oder weniger Jahre in Deutschland leben, geben entsprechend nur zu 31,9 Prozent an, dass sie einer bestimmten Partei zuneigen. Bei denjenigen, die zwischen 6 und 10 Jahre hier leben, liegt der Anteil dagegen bei 52,8 Prozent. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt er weiter an: Wie die Analyse zeigt, unterscheiden sich Zuwanderer, die schon 11 bis 15 Jahre in Deutschland leben, in der Angabe einer Parteieigung nicht mehr erheblich von Menschen ohne Migrationshintergrund oder in Deutschland geborenen Zuwanderern.

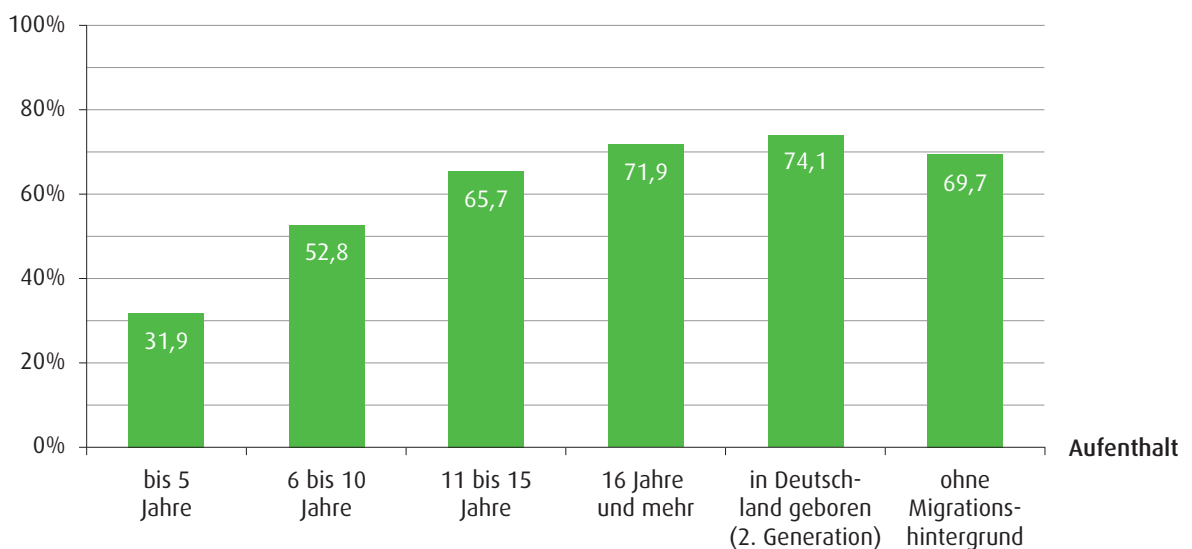
Auffällig ist weiterhin, dass Frauen im Durchschnitt deutlich seltener eine Parteieigung äußern als Männer. Der Abstand zwischen den Geschlechtern

Tab. 1 Anteil der Befragten, die eine Parteipräferenz angeben, nach Herkunftsgruppen

Befragte	Nennung einer Parteipräferenz
ohne Migrationshintergrund	69,7 %
mit Migrationshintergrund	68,5 %
Spät-/Aussiedler	70,7 %
Türkeistämmige	71,5 %
EU ≤ 2000	68,0 %
EU > 2000	50,7 %
übrige Welt	69,8 %

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

Abb. 1 Anteil der Personen, die eine Parteipräferenz angeben, nach Aufenthaltsdauer, Generation und Migrationshintergrund

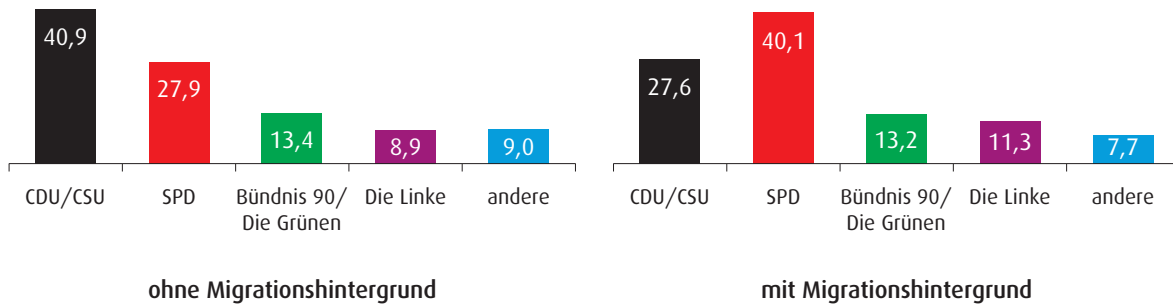


Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

ist aber je nach Herkunft unterschiedlich hoch. So geben bei den Spät-/Aussiedlern nur 62,0 Prozent der Frauen, jedoch 79,3 Prozent der Männer an, dass sie eine Partei in Deutschland bevorzugen. Ähnlich groß ist die Lücke bei den Türkeistämmigen (Frauen: 63,4 %; Männer: 78,6 %) und bei denen, die seit 2001 aus der EU zugewandert sind (Frauen: 46,4 %; Männer: 55,1 %). Gering sind die Unterschiede hingegen bei den Befragten ohne Migrationshintergrund, den

Zuwanderern aus der „übrigen Welt“ und Menschen aus der EU, die bis 2000 eingewandert sind. Die Abweichungen sind möglicherweise damit zu erklären, dass traditionelle Geschlechterrollen unterschiedlich stark verinnerlicht sind. Zentrales Element eines solchen Rollenverständnisses ist eine geschlechtsspezifische Aufgabenteilung: Danach obliegt es dem Mann, den Haushalt nach außen zu vertreten (vgl. Farrokhzad 2012: 242); hierzu könnte auch die politische

Abb. 2 Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund (in Prozent)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

Vertretung im Rahmen politischer Partizipation gehören. Ein vergleichsweise ausgeprägtes traditionelles Rollenmuster besteht beispielsweise bei Türkeistämmigen (vgl. z. B. Diehl/König 2011). Bisher unveröffentlichte Daten des SVR-Integrationsbarometers 2014 weisen darauf hin, dass auch bei den Spät-/Aussiedlern ein eher traditionelles Rollenverständnis herrscht, das hier an einer Gegenüberstellung von Erwerbstätigkeit und Familie festgemacht wird: Rund 69 Prozent der Befragten in dieser Gruppe meinen, dass eine Frau bereit sein sollte, ihre Berufstätigkeit zugunsten der Familie zu reduzieren. So deutlich ist die Zustimmung zu dem beschriebenen Rollenmuster in keiner anderen Herkunftsgruppe;¹³ interessanterweise ist sie hier bei den Frauen mit rund 72 Prozent noch deutlich stärker als bei den Männern (rund 64 %). Wenn die Frauen stärker einer traditionellen Aufgabenteilung anhängen, die auch eine Vertretung nach außen umfasst, könnte dies den bestehenden Geschlechtsunterschied bei der Parteineigung erklären.¹⁴

2.3 Parteipräferenzen: Konstanz und Schwund ‚alter‘ Bindungen

Deutliche Unterschiede in den Parteipräferenzen zeigen sich zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung vor allem bei den beiden Volksparteien (Abb. 2): Mit der CDU/CSU sympathisieren rund 41 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund, aber nur knapp 28 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund.¹⁵ Bei den Sozialdemokraten ist es umgekehrt: Sie werden von rund 28 Prozent der Befragten ohne und rund 40 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund bevorzugt (Abb. 2).

Wie sehen nun die Präferenzen der einzelnen Zuwanderergruppen im Detail aus?¹⁶ Zu den ‚alten Gewissheiten‘ im Bereich der Zuwanderer-Parteienforschung gehörte bislang, dass Spät-/Aussiedler eher der CDU/CSU nahestehen und Türkeistämmige der SPD. Zwar hat die CDU/CSU bei den Spät-/Aussiedlern schon in der Vergangenheit an Bindekraft verloren,

13 Bei den übrigen im SVR-Integrationsbarometer 2014 enthaltenen Herkunftsgruppen liegt die Zustimmungsrates bei dieser Frage zwischen rund 51 und 57 Prozent. Von den Befragten ohne Migrationshintergrund stimmen nur 45 Prozent der Aussage zu.

14 Ob die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei EU-Neuzuwanderern ebenfalls mit traditionellen Geschlechterrollen erklärt werden können, lässt sich mit den Daten des SVR-Integrationsbarometers nicht empirisch prüfen, da diese Gruppe im Integrationsbarometer 2014 nicht enthalten war.

15 Die im SVR-Integrationsbarometer festgestellten Parteineigungen decken sich fast vollständig mit den Ergebnissen des Politbarometers im gleichen Befragungszeitraum, das von der Forschungsgruppe Wahlen e. V. herausgegeben wird. Die größten Unterschiede bestehen (ohne eine Differenzierung nach Migrationshintergrund) bei den Grünen, die im SVR-Integrationsbarometer rund zwei Prozentpunkte mehr Zuspruch erhalten. Allerdings zielt das Politbarometer eindeutig auf die (konkrete) Wahlabsicht und nicht auf die (mittel- und langfristige) Parteineigung (http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/, 13.09.2016).

16 In den folgenden Analysen wurden alle Parteien, die bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund Anteile unter 5 Prozent hatten, in der Kategorie „andere“ zusammengefasst.

dennoch tendierten zuletzt immer noch knapp zwei Drittel von ihnen zu den Christdemokraten; die türkischstämmigen dagegen verorteten sich zu 70 Prozent bei der SPD (vgl. Kroh/Tucci 2009: 824). Eine Nähe zur SPD wurde verschiedentlich auch bei Zuwanderern aus anderen ‚Gastarbeiter‘-Anwerbeländern beobachtet (s. Kap. 1.2). Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2016 zeigen, inwieweit diese Bindungen stabil geblieben sind und wo sie sich gewandelt haben. Gleichzeitig verdeutlicht die Einzelbetrachtung der Herkunftsgruppen, wie unterschiedlich die Parteipräferenzen der in Deutschland lebenden Zuwanderer sind; dies konnte mit anderen Daten bislang nicht so differenziert gezeigt werden.

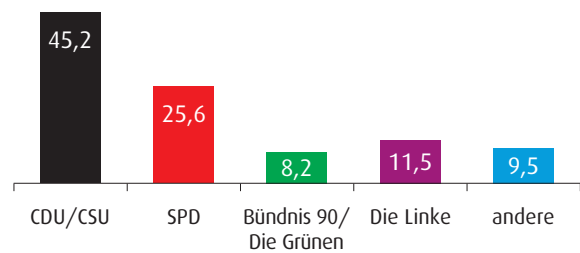
2.3.1 Spät-/Aussiedler: Abkehr von den Unionsparteien?

Ein zentraler Befund der Sonderauswertung des SVR-Integrationsbarometers 2016 betrifft die Gruppe der **Spät-/Aussiedler: Deren Parteipräferenzen – und darüber vermittelt vermutlich auch ihr Wahlverhalten – wandeln sich deutlich rascher als einst prognostiziert** (vgl. Wüst 2002). Zwar finden die Unionsparteien in dieser Gruppe nach wie vor am meisten Zuspruch, aber es sind nur noch etwas über 45 Prozent, die der Union zuneigen, während es zwischen 2000 und 2008 im Durchschnitt noch rund 65 Prozent waren (Kroh/Tucci 2009: 824). Stabil geblieben ist die Neigung zur SPD: Eine solche äußert gut ein Viertel, das entspricht dem Wert aus früheren Befragungen (Abb. 3).

Spät-/Aussiedler bilden insgesamt die größte Gruppe unter den Eingebürgerten (vgl. Wüst 2003).¹⁷ Dass sie in den 1990er Jahren zunächst stark den Unionsparteien zuneigten, lässt sich vermutlich zum Teil durch die aussiedlerfreundliche Politik der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP erklären. Ein weiterer Grund ist aber, dass linksgerichtete Parteien

mit dem als repressiv wahrgenommenen sozialistischen System in den Staaten des früheren Warschauer Pakts verknüpft wurden (vgl. Wüst 2011: 160; Wüst 2016: 414–415).

Abb. 3 Parteipräferenzen von Spät-/Aussiedlern (in Prozent)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2016 belegen, dass diese ‚traditionelle‘ Bindung der Spät-/Aussiedler an die Union deutlich schwindet und die Neigung zu den kleineren Parteien steigt. Deutlich häufiger als in früheren Erhebungen wird Die Linke bevorzugt, die folglich zunehmend auch für Spät-/Aussiedler ‚wählbar‘ wurde. In der Gunst dieser Gruppe steht sie jedenfalls mit 11,5 Prozent im Jahr 2015 an dritter Stelle. Dieser Trend ist bislang gänzlich unbeobachtet geblieben.¹⁸ Er zeigt sich auch in Bezug auf Bündnis 90/Die Grünen, mit denen ebenfalls immer mehr Spät-/Aussiedler sympathisieren. Dennoch bleibt die CDU/CSU in der Gunst dieser Herkunftsgruppe klar vorn. Insgesamt ähnelt die Parteipräferenz der Spät-/Aussiedler nun der der Mehrheitsbevölkerung (Abb. 2). Mit dem längeren Aufenthalt in Deutschland rücken offensichtlich andere Themen stärker in den Vordergrund und die politischen Positionen werden vielfältiger.

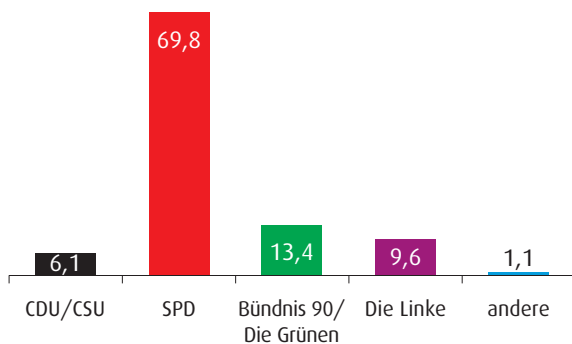
¹⁷ Insgesamt sind etwa vier Millionen Spät-/Aussiedler nach Deutschland eingereist – in den 1970er Jahren meist aus Rumänien, in den 1980er Jahren zunehmend aus Polen und seit 1991 verstärkt aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

¹⁸ Erwähnenswert ist schließlich die Aufschlüsselung der Spät-/Aussiedler nach ihrem Herkunftsland: Zuwanderer aus Polen sind etwas weniger mit der CDU/CSU verbunden, hingegen stärker mit der SPD und den Grünen; Kasachstandeutsche tendieren ähnlich wie Russlanddeutsche stärker als der Durchschnitt der Spät-/Aussiedler in Richtung CDU/CSU, neigen aber auch der Linken zu.

2.3.2 Türkeistämmige: Bindung an die SPD bleibt stabil

Stabil geblieben ist die Nähe der Türkeistämmigen zur Sozialdemokratie. Menschen mit einem türkischen Migrationshintergrund zeigen in Deutschland nach wie vor eine deutliche Neigung zum linken Parteienspektrum, dabei steht die SPD mit etwa 70 Prozent klar an erster Stelle. Dies bestätigt Befunde früherer Studien (vgl. Kroh/Tucci 2009). Weitere 13,4 Prozent der Befragten dieser Gruppe neigen den Grünen zu und 9,6 Prozent der Linken (Abb. 4). Insgesamt ist also festzuhalten, dass neun von zehn Türkeistämmigen in Deutschland eine Partei links der Mitte bevorzugen.

Abb. 4 Parteipräferenzen von Türkeistämmigen (in Prozent)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

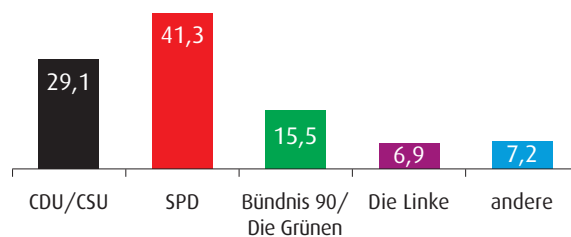
Die stabile Bindung der Türkeistämmigen an die Sozialdemokratie erscheint nachvollziehbar, schließlich hat sich die SPD schon ab der späten ‚Gastarbeiter-ära‘ für Themen wie die doppelte Staatsangehörigkeit und einen erleichterten Familiennachzug eingesetzt. Die Leitkulturdebatte, die vor allem die Union zu verschiedenen Zeitpunkten geführt hat, und die überwiegende Ablehnung des Doppelpasses dürften dagegen auf die Türkeistämmigen, die teilweise in der dritten Generation in Deutschland leben, eher befremdlich gewirkt haben (vgl. Wüst 2011: 160).

2.3.3 EU-Zuwanderer (bis 2000 eingewandert): Rot-Grün bevorzugt

Die Zuwanderer aus Ländern der Europäischen Union, die bis zum Jahr 2000 nach Deutschland eingereist oder in der Bundesrepublik geboren sind, bilden eine vergleichsweise heterogene Herkunftsgruppe. Zwar überwiegen in dieser Gruppe ‚Gastarbeiter‘ bzw. deren Nachkommen, die bereits ab den 1960er und 1970er Jahren im Rahmen der Arbeitskräfteanwerbung zugewandert sind, also Menschen italienischer, griechischer oder portugiesischer Herkunft. Sie umfasst aber auch Zuwanderer aus alten Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (z. B. Frankreich und Großbritannien) sowie Zuwanderer aus ‚EU-Neulingen‘ (z. B. Kroatien und Ungarn).

In der Gunst dieser Gruppe liegt ebenfalls die SPD mit 41,3 Prozent deutlich vor der CDU/CSU (29,1 %) (Abb. 5). Gleichwohl finden die Sozialdemokraten hier weniger Unterstützung als noch vor einigen Jahren in Auswertungen des SOEP (Kroh/Tucci 2009: 824). Vergleichsweise hoch ist mit 15,5 Prozent die Zustimmung zu den Grünen. **Die Neigung dieser Herkunftsgruppe zu den Parteien links der Mitte ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Zuwanderer aus Italien und Griechenland deutlich die SPD bevorzugen;** das entspricht den bisherigen Erkenntnissen zu den Parteineigungen dieser Herkunftsländer. Die Stimmanteile für die CDU/CSU gehen hauptsächlich auf polnische Zuwanderer zurück, die in den 1990er Jahren eingereist sind.

Abb. 5 Parteipräferenzen von Zuwanderern aus der EU, die bis 2000 nach Deutschland gekommen sind (EU ≤ 2000), in Prozent



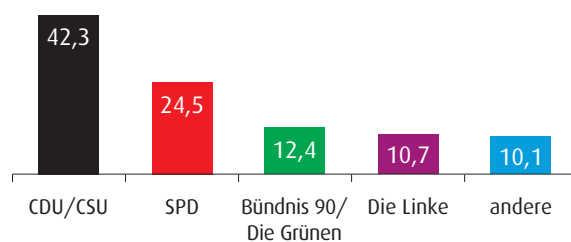
Anmerkung: EU ≤ 2000 = Befragte, die bis 2000 nach Deutschland zugewandert sind bzw. die in Deutschland geboren wurden und deren Eltern bis 2000 nach Deutschland zugewandert sind.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

2.3.4 EU-Neuzuwanderer: starke Tendenz zur Union

Die Gruppe der Unionsbürger, die ab 2001 nach Deutschland eingereist sind, wurde bislang kaum untersucht. Der quantitativ bedeutendste Herkunftstaat dieser ‚jungen‘ Zuwanderer ist Polen, gefolgt von Rumänien und Bulgarien. Weitere große Anteile dieser Gruppe bilden Zuwanderer aus Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders seit 2009 zu Beschäftigungs- und Ausbildungszwecken nach Deutschland gekommen sind (vgl. SVR 2013). **Im Vergleich mit den frühen EU-Zuwanderern fällt auf, dass die jüngste EU-Zuwanderung zu einem sehr großen Teil der Union zuneigt;** im nichtkonservativen Spektrum verteilen sich die Präferenzen auf SPD, Grüne und Linke (Abb. 6).

Abb. 6 Parteipräferenzen von Zuwanderern aus der EU, die nach 2000 nach Deutschland gekommen sind (EU > 2000), in Prozent



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

Für die meisten der jüngst aus der EU zugewanderten Menschen ist – im Unterschied zu allen anderen Herkunftsgruppen – Deutschland oftmals nur eine Zwischenstation, um zu arbeiten oder eine Ausbildung zu absolvieren. Somit ist es bei vielen von ihnen eher unwahrscheinlich, dass sie sich einbürgern lassen und damit das allgemeine Wahlrecht erhalten. Laut einer aktuellen Studie sind es am ehesten Zuwanderer aus den osteuropäischen EU-Staaten, die die Absicht haben, für längere Zeit oder für immer in Deutschland zu leben, was perspektivisch auch eine Einbürgerung ermöglichen würde (vgl. Pfeffer-Hoffmann et al. 2016:

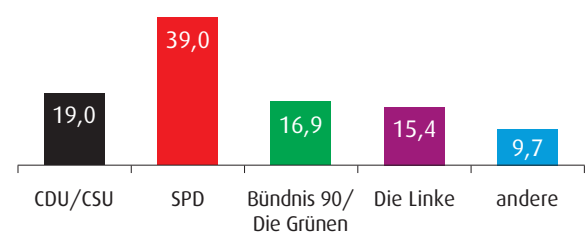
190). Welche Folgen könnte dies für die Parteienlandschaft haben?

Betrachtet man die Parteipräferenzen der Zuwanderer aus den wichtigsten osteuropäischen EU-Herkunftsländern (Polen, Bulgarien und Rumänien), zeichnet sich noch stärker als in der Gesamtgruppe eine Neigung zu den Unionsparteien ab.¹⁹ Vergleichsweise häufig werden daneben auch die Grünen als bevorzugte Partei genannt, während die SPD nur wenig Zustimmung findet. Damit unterscheiden sich die herkunftsspezifischen Präferenzen der jüngsten osteuropäischen Zuwanderungswelle nicht von denen der Zuwanderer, die in den 1990er Jahren – vorrangig als Spät-/Aussiedler – aus diesen Herkunftsländern eingereist sind (vgl. Wüst 2002).

2.3.5 Zuwanderer aus der „übrigen Welt“: mehrheitlich links der Mitte

Zuwanderer aus der „übrigen Welt“ bilden die vielfältigste Herkunftsgruppe im SVR-Integrationsbarometer: Fast einhundert verschiedene Herkunftsländer sind hier zusammengefasst. Als bevorzugte Partei wird mit 39,0 Prozent am häufigsten die SPD benannt. An zweiter Stelle steht die CDU/CSU; ihr Zustimmungswert ist allerdings mit 19,0 Prozent nur halb so hoch wie der der SPD und liegt zudem nur leicht vor dem der Grünen (16,9 %). Auch Die Linke erfährt mit 15,4 Prozent vergleichsweise hohen Zuspruch (Abb. 7).

Abb. 7 Parteipräferenzen von Zuwanderern aus der „übrigen Welt“ (in Prozent)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

¹⁹ Aufgrund der geringen Fallzahlen (n = 84) sind hier nur tendenzielle Aussagen möglich; auf eine Ausweisung der Prozentzahlen wird deshalb verzichtet.

Es ist zu vermuten, dass Zuwanderer der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ u. a. deshalb mehrheitlich Parteien des linken Spektrums zuneigen, weil sie wegen ihres Aussehens (*visible minority*) und ihrer Zugehörigkeit zum islamischen Glauben besonders häufig Benachteiligung und Diskriminierung erleben. Denn diese Parteien setzen sich traditionell stärker für eine chancengleiche Teilhabe von Zuwanderern ein (vgl. SVR 2012; 2014); diese Vermutung gilt auch für Türkeistämmige. Der hohe Zuspruch, den Die Linke hier findet, kann darüber hinaus mit dem Milieu zusammenhängen. So ist etwa anzunehmen, dass die Befragten in dieser Gruppe, die alle aus Drittstaaten stammen, sich tendenziell häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen befinden oder eine niedrig qualifizierte Beschäftigung haben als Befragte anderer Herkunftsgruppen (vgl. SVR 2013: 105f.).

Weitere Befunde liefert eine Auswertung nach Religion: Von den muslimischen Befragten aus dieser Herkunftsgruppe sympathisieren rund 63 Prozent mit der SPD (und nur 9 % mit der Union); hier zeigt sich eine Parallele zu den Türkeistämmigen. Die christlichen Befragten in dieser Gruppe bevorzugen dagegen zu 32 Prozent die SPD (und zu 24 % die Union). Bei den kleineren Parteien zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede nach Religion.

2.4 Deutsche Staatsangehörigkeit: für die Parteipräferenz kaum von Bedeutung

Die Zuwanderer der betrachteten Herkunftsgruppen verfügen zu unterschiedlichen Anteilen über die deutsche Staatsangehörigkeit und somit das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen des politischen Systems. Die Gruppe der Spät-/Aussiedler kann in dieser Hinsicht als privilegiert gelten, denn diese Menschen haben aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit zumeist unmittelbar nach dem Zuzug nach Deutschland automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Alle anderen Zuwanderer müssen für eine Einbürgerung u. a. eine gewisse Zeit im Land gelebt haben und Deutschkenntnisse auf einem bestimmten

Niveau nachweisen. Menschen aus der „übrigen Welt“ haben laut einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2013 am seltensten die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei den Türkeistämmigen und denen, die bis 2000 aus der EU zugewandert sind, liegen die Anteile der Eingebürgerten höher: Hier sind nur knapp über die Hälfte der Zuwanderer Ausländer.²⁰

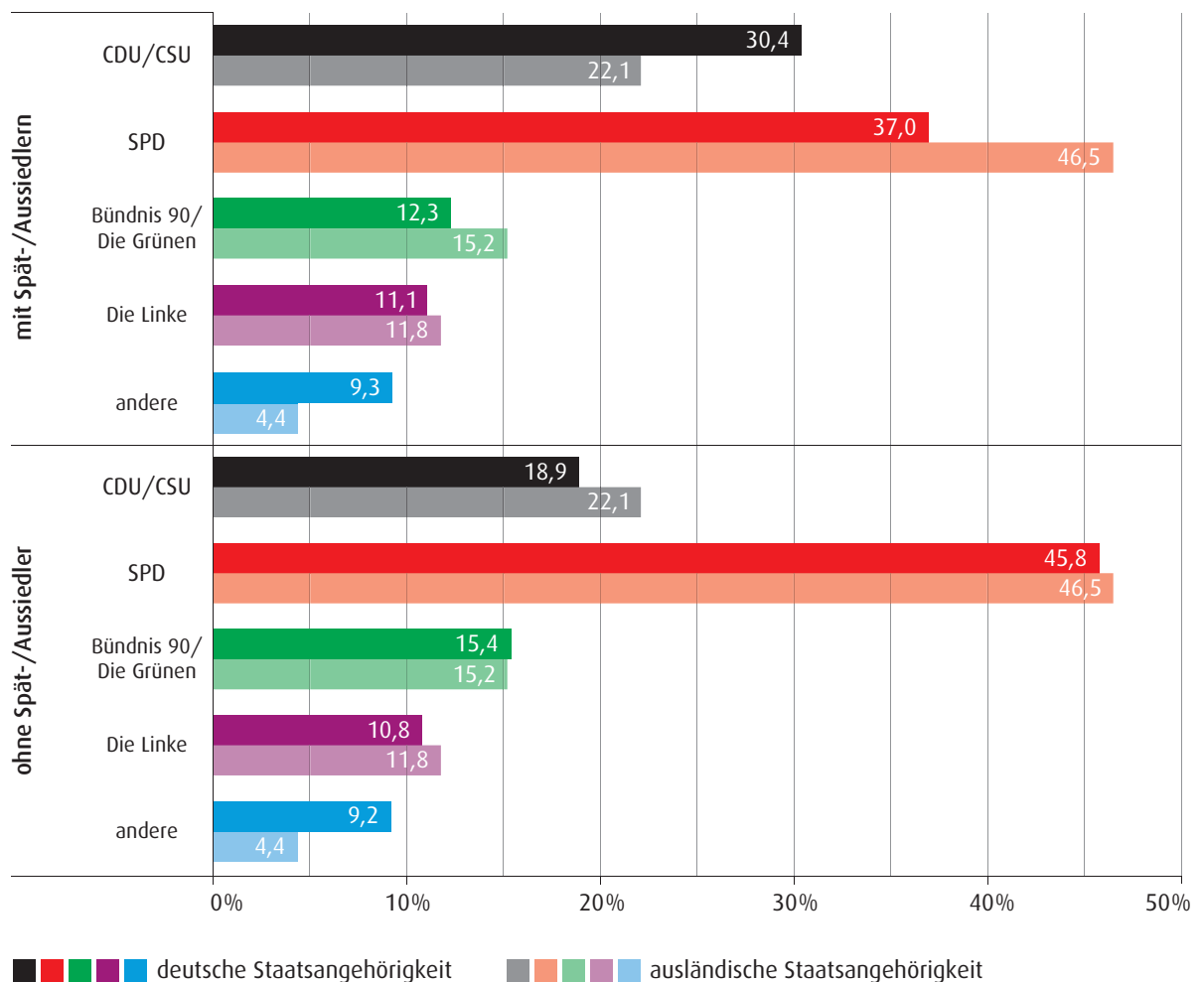
Zuwanderer mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit unterscheiden sich zunächst deutlich darin, welche Parteien sie konkret bevorzugen: Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit tendieren zu rund 30 Prozent zu den Unionsparteien und zu 37 Prozent zur SPD; in Deutschland lebende Ausländer dagegen bevorzugen mit rund 47 Prozent deutlich häufiger die SPD und mit etwa 22 Prozent seltener die Union (Abb. 8).

Diese Ergebnisse sind allerdings stark von der Gruppe der Spät-/Aussiedler geprägt, in der – im Gegensatz zu den anderen Herkunftsgruppen – alle Befragten über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen: Ihre starke Neigung zu den Unionsparteien wirkt sich statistisch entsprechend aus und schwächt den ‚Vorsprung‘ der Sozialdemokraten ab, der bei eingebürgerten Zuwanderern grundsätzlich zu beobachten ist. **Schließt man die Spät-/Aussiedler aus der Berechnung aus, ist der Effekt der Staatsangehörigkeit für die Neigung zu einer Partei weitgehend verschwunden: Bei den meisten Herkunftsgruppen unterscheiden sich die konkreten Parteipräferenzen zwischen Zuwanderern mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit kaum** (Abb. 8).

Nur bei der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Staatsangehörigkeit und Parteineigung: Hier bevorzugen Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit zu 42 Prozent die SPD und zu rund 12 Prozent Die Linke; bei denjenigen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist die Neigung zur SPD etwas geringer (33 %), die zur Linken dagegen stärker (23 %). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass sich bei dieser Herkunftsgruppe die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit erheblich unterscheidet. Zuwanderer mit deutscher Staatsange-

20 In dieser Hinsicht sind Neuzuwanderer aus der EU aufgrund ihrer kurzen Aufenthaltsdauer nur bedingt vergleichbar. Insgesamt haben etwa 90 Prozent von ihnen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Abb. 8 Parteipräferenzen von Personen mit Migrationshintergrund nach Staatsangehörigkeit



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

hörigkeit haben in der Regel eine längere Aufenthaltsdauer (vgl. dazu Kap. 2.7).²¹

2.5 Bildungsniveau: kaum Zusammenhänge mit der Parteipräferenz

Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage (und damit dem Bildungsstand als ihrem zentralen Indikator) und Wahlverhalten bzw. Parteipräferenz hat in

Deutschland in den vergangenen Jahren insgesamt stetig abgenommen (vgl. Elff/Roßteutscher 2016: 51). Dennoch lassen sich einige Korrelationen weiterhin beobachten. So wird die Union relativ häufig von Menschen mit geringer Bildung bevorzugt, während gut Gebildete überproportional häufig den Grünen zuneigen (vgl. Elff/Roßteutscher 2016; Forschungsgruppe Wahlen 2013). Diese Befunde aus der Wahl- und Parteienforschung sind vor allem für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bekannt. Sie werden von

²¹ Beispielsweise findet Die Linke in dieser Herkunftgruppe eher bei der ersten Generation Zuspruch und auch dort vorrangig bei denjenigen, die schon etwas länger in Deutschland leben. Bei Zuwanderern aus der „übrigen Welt“, die ab 2005 eingewandert sind, liegt Die Linke dagegen deutlich unter 5 Prozent (SVR-Integrationsbarometer 2016).

Tab. 2 Parteipräferenzen nach Herkunftsgruppen und Bildungsniveau der Befragten (in Prozent)

Befragte		CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	sonstige
ohne Migrations- hintergrund	niedrige Bildung	48,2	34,1	3,1	6,4	8,3
	mittlere Bildung	45,9	23,6	11,6	10,2	8,8
	hohe Bildung	27,2	24,9	27,4	10,7	9,9
mit Migrations- hintergrund	niedrige Bildung	23,9	48,3	8,7	9,4	9,7
	mittlere Bildung	33,3	31,5	14,2	14,8	6,2
	hohe Bildung	28,5	35,4	18,3	11,4	6,4
Spät-/Aussiedler	niedrige Bildung	43,6	24,3	5,2	11,2	15,7
	mittlere Bildung	51,4	26,6	6,0	13,9	2,2
	hohe Bildung	41,4	26,5	14,0	9,7	8,5
Türkeistämmige	niedrige Bildung	6,1	75,9	10,0	7,3	0,9
	mittlere Bildung	5,0	62,9	15,8	12,9	3,5
	hohe Bildung	8,7	50,9	24,2	16,2	0
EU	niedrige Bildung	*	*	*	*	*
	mittlere Bildung	27,6	33,3	21,6	11,6	6,0
	hohe Bildung	39,7	25,5	19,9	9,5	5,4
übrige Welt	niedrige Bildung	*	*	*	*	*
	mittlere Bildung	26,7	21,7	18,5	19,7	13,3
	hohe Bildung	15,2	45,8	18,8	13,1	7,2

Anmerkung: Mit * sind Felder gekennzeichnet, bei denen die Fallzahl für eine Auswertung zu gering ist. Die beiden EU-Gruppen wurden wegen der geringen Fallzahlen zusammengelegt. Das Bildungsniveau wurde über die Schulbildung der Befragten operationalisiert.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

den SVR-Daten bestätigt (Tab. 2):²² Bei den Befragten aus der Mehrheitsbevölkerung sympathisieren diejenigen mit hoher Bildung zu rund 27 Prozent mit den Unionsparteien, bei denen mit niedriger Bildung sind es hingegen etwa 48 Prozent. Bei den Grünen ist die Tendenz genau entgegengesetzt; hier ist der Unter-

schied zwischen den Bildungsniveaus mit ca. 24 Prozentpunkten besonders groß.

Differenzierende Analysen dieser Art (u. a. nach Bildungsniveau) sind in der empirischen Wahl- und Parteienforschung bislang eher selten, denn die Datengrundlage für einzelne Zuwanderergruppen ist meist

22 Insgesamt fallen im SVR-Integrationsbarometer nicht nur die Parteineigungen der Personen ohne Migrationshintergrund ähnlich aus wie im Politbarometer. Die Daten bestätigen auch weitere Zusammenhänge, die aus der empirischen Wahlforschung bekannt sind (z. B. zwischen sozialer Lage und Parteibindung), aber in diesem Policy Brief nicht behandelt werden. Das deutet insgesamt auf eine hohe Datenqualität. Beispielsweise belegen die Daten die in der Forschung bekannte starke Bindung der Katholiken an die CDU/CSU: Die Union wird von rund 56 Prozent der katholischen (und von 37,9 Prozent der evangelischen) Befragten als bevorzugte Partei genannt.

unzureichend. **Wie das SVR-Integrationsbarometer 2016 zeigt, ist der Zusammenhang zwischen Parteipräferenzen und Bildung zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung nur bedingt vergleichbar. Lediglich der positive Zusammenhang zwischen hohem Bildungsniveau und Sympathie mit den Grünen zeigt sich bei beiden Gruppen.**

Betrachtet man die Herkunftsgruppen getrennt, zeigen sich weitere interessante Muster. Besonders auffällig ist der Zusammenhang zwischen Bildung und Nähe zur SPD bei den Türkeistämmigen: Während sich in dieser Gruppe drei von vier Befragten mit niedriger Bildung bei der SPD verorten, tut dies von denen mit hoher Bildung nur jeder zweite. Die Sympathie für die Grünen und auch für Die Linke nimmt dagegen mit steigender Bildung zu. Damit ähneln die Zusammenhänge zwischen Parteipräferenzen und Bildung bei den Türkeistämmigen denen der Befragten ohne Migrationshintergrund (Tab. 2).

Weitere eindeutige Zusammenhänge zwischen Bildung und Parteipräferenz lassen sich nicht identifizieren. **Somit bestätigt das Integrationsbarometer insgesamt die Erkenntnisse der empirischen Wahl- und Parteipräferenzforschung: Parteipräferenzen von Zuwanderern hängen weniger mit dem Bildungsniveau zusammen als mit der Herkunft** (vgl. Wüst 2003; Kroh/Tucci 2009).

2.6 Parteipräferenzen im Generationenverlauf: Angleichung an die Mehrheitsbevölkerung

Parteipräferenzen, die eindeutig mit der Herkunft zusammenhängen, gelten als verfestigt, wenn sie bei der zweiten Zuwanderergeneration genauso bestehen wie bei der ersten (vgl. Wüst 2011: 11). Erst wenn die zweite Zuwanderergeneration sich frei von migrationspezifischen Einflüssen – z. B. einer bestimmten politischen Sozialisation im Herkunftsland – für die Partei entscheidet, die ihre Elterngeneration bevorzugt, kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Gruppe mit ihren spezifischen Bedürfnissen in

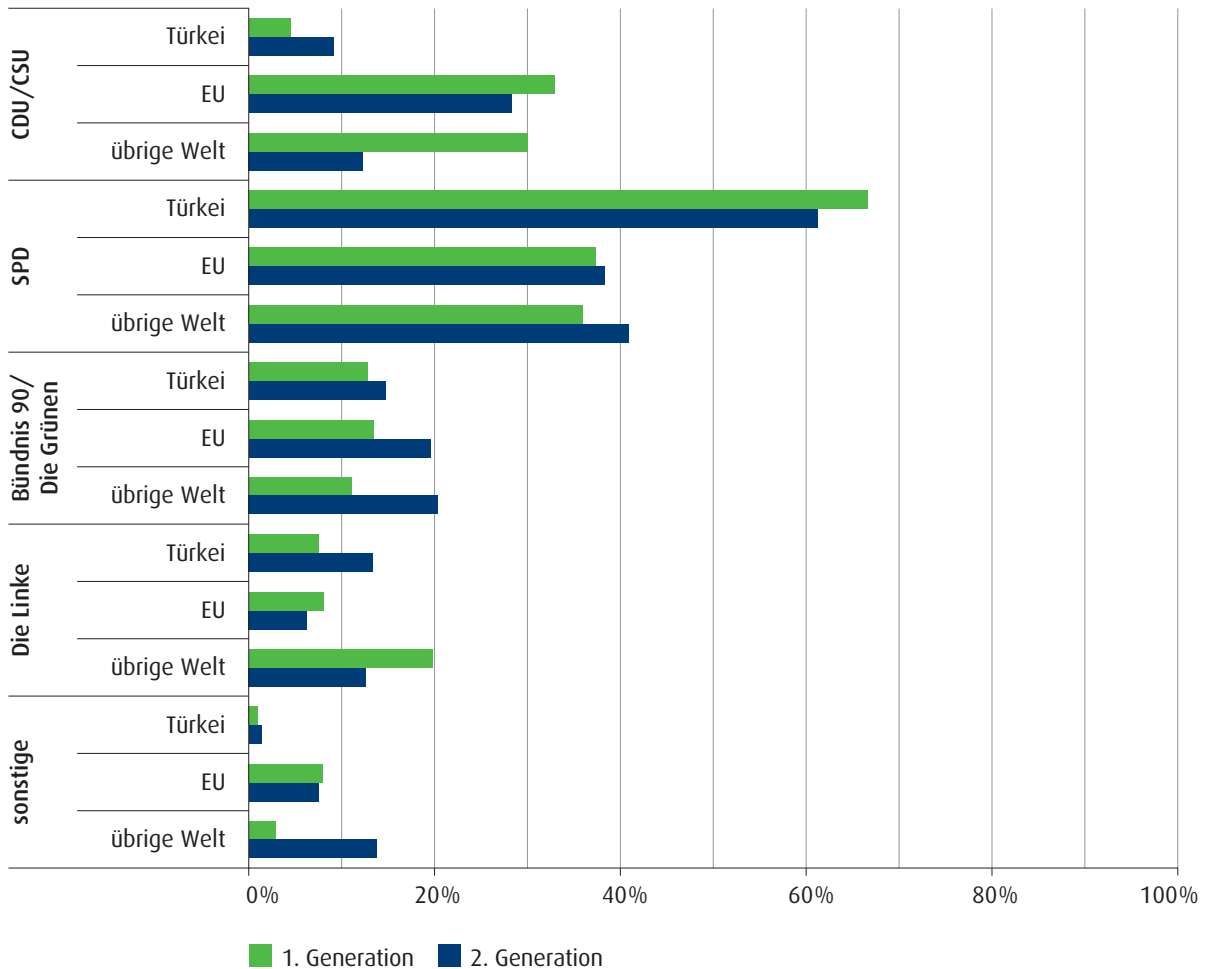
den Angeboten der betreffenden Partei wiederfindet. Im Fall der Spät-/Aussiedler löst sich die traditionelle Bindung an die Union bereits innerhalb der ersten Generation auf (s. Kap. 2.3.1); diese Bindung scheint also nur eine mittelfristige zu sein.²³ Die Neigung der Türkeistämmigen zur SPD erscheint auf den ersten Blick langlebiger. Doch wie entwickeln sich in dieser Gruppe die Parteipräferenzen bei den nachfolgenden Generationen? Der erste und wichtigste Befund lautet, dass die zweite Generation in ihren Parteipräferenzen noch stark der Elterngeneration ähnelt und sich nur in Nuancen davon absetzt. Am stärksten verliert die SPD im Generationenverlauf bei den in Deutschland Geborenen (Abb. 9). Gewinner dieser Verschiebung ist vor allem Die Linke, außerdem die Union, deren Anteile sich von der ersten zur zweiten Generation verdoppeln. Die Grünen dagegen gewinnen bei der zweiten Generation nur leicht hinzu. **Die Parteipräferenzen der in Deutschland geborenen Türkeistämmigen gleichen sich also tendenziell denen der Mehrheitsbevölkerung an. Dieser Befund widerspricht früheren Erkenntnissen: Bislang wurde angenommen, dass die Bindung der ersten Zuwanderergeneration an die SPD in der zweiten Generation fortbesteht und sich sogar noch verstärkt** (vgl. Kroh/Tucci 2009).

Für die beiden EU-Gruppen zeigt die Analyse, dass sich die Parteipräferenzen der zweiten Generation von denen der ‚Pionierzuwanderer‘ kaum unterscheiden. Die Tendenz zum linken Parteienspektrum ist hier zwar geringer ausgeprägt als bei den Türkeistämmigen, sie bleibt jedoch über die Generationen stabil. Im Spektrum der parlamentarischen Linken scheinen bei den in Deutschland Geborenen die Grünen leicht an Attraktivität zu gewinnen.

Etwas stärker unterscheiden sich die Wahlneigungen der Generationen bei den Befragten aus der „überrigen Welt“. Da diese Gruppe rund 100 Herkunftsländer umfasst, fällt es allerdings schwer, in den Daten herkunftsspezifische Muster zu erkennen. Auffällig ist aber, dass die zweite Generation sich zunehmend von der Union ab- und der SPD und den Grünen, aber auch den kleineren Parteien zuwendet.

²³ Wegen der geringen Fallzahlen bei Spät-/Aussiedlern der zweiten Generation ist eine detaillierte Analyse nach Generationen nicht möglich.

Abb. 9 Parteipräferenzen nach Herkunftsgruppen der Befragten und Generation



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

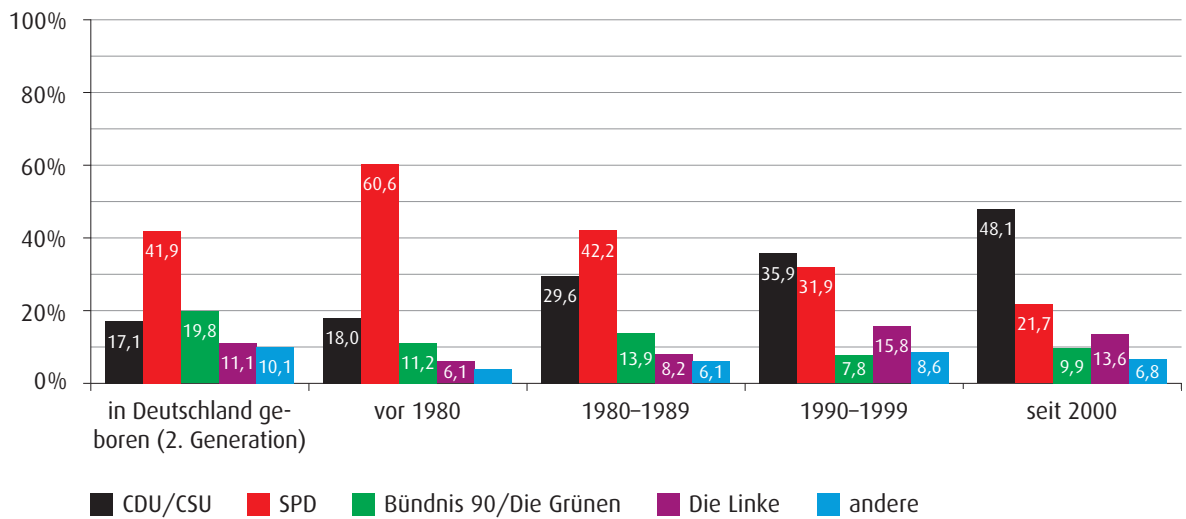
2.7 Parteipräferenzen und Einreisewellen: wechselnde Bindungen

Wenn Zuwanderer über längere Zeit in Deutschland leben, kann die voranschreitende Sozialisation im Land dazu führen, dass sie die Parteienlandschaft neu bewerten. Dadurch können sich anfängliche Parteineigungen verändern. Die Aufenthaltsdauer ist einer der wichtigsten Faktoren dafür, ob die Befragten überhaupt einer bestimmten Partei zuneigen (s. Kap. 2.2). Wie die Analysen zeigen, spielt sie aber kaum eine Rolle dafür, welche Partei bevorzugt wird (Abb. 10).

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den einzelnen Herkunftsgruppen ist sehr unterschiedlich. Dies spiegelt vor allem die verschiedenen Zuwande-

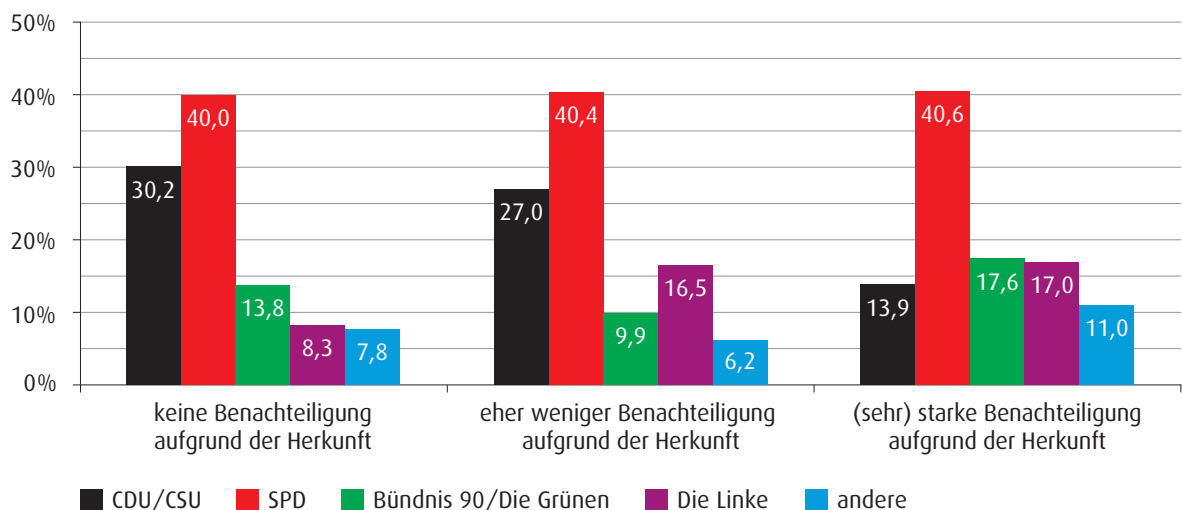
rungswellen und -muster in der Geschichte der Bundesrepublik wider: Bis in die 1980er Jahre waren die Zuwanderer vorwiegend ‚Gastarbeiter‘ und ihre nachziehenden Familienangehörigen. Die Zuwanderer der 1990er Jahre sind vor allem Spät-/Aussiedler, aber auch Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Seit der Jahrtausendwende wiederum dominiert Zuwanderung aus der EU, vor allem aus den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten. Die Parteineigungen der Zuwanderer unterscheiden sich je nach Einreisephase. Das lässt sich mit den jeweils vorherrschenden Zuwanderungsmustern erklären: Die bis Ende der 1980er Jahre Zugewanderten neigen vor allem der SPD zu; dies ist nachvollziehbar, da die Politik der Sozialdemokraten sich an der Arbeiterschaft

Abb. 10 Parteipräferenzen nach Einreisezeitraum



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

Abb. 11 Parteipräferenzen nach Intensität selbst erfahrener Benachteiligung



Anmerkung: Die Frage zu den Benachteiligungserfahrungen lautete: „Menschen werden in unserer Gesellschaft manchmal aufgrund bestimmter Merkmale schlechter behandelt. Wie ist das bei Ihnen, sind Sie in den vergangenen fünf Jahren aufgrund Ihrer Herkunft sehr stark, eher stark, eher wenig oder gar nicht benachteiligt worden?“ Wegen der geringen Fallzahlen bei der Antwortkategorie „sehr stark“ wurde diese mit der Kategorie „eher stark“ zusammengelegt.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

ausrichtet, zu der auch die ‚Gastarbeiter‘ gehören. Bei den ab Ende der 1980er Jahre und besonders den seit 2000 Zugewanderten dominiert dagegen klar die CDU/CSU. Dies erklärt sich vermutlich auch durch die explizit christliche Ausrichtung der Unionsparteien, die z. B. Spät-/Aussiedler und katholische Zuwanderer aus Polen besonders ansprechen dürfte.

2.8 Diskriminierung: Benachteiligte tendieren nach links

Zuwanderer der einzelnen Herkunftsgruppen haben in unterschiedlichem Maß Benachteiligung aufgrund ihrer Herkunft erfahren (vgl. SVR 2014: 35). Es ist anzunehmen, dass diese Erfahrungen sich auch auf die

Parteieneigung auswirken: Wenn Zuwanderer ihre Herkunft als Hindernis für sozialen Aufstieg wahrnehmen, weil sie deshalb benachteiligt werden oder wurden, werden sie eher Parteien links der Mitte unterstützen. Denn diese Parteien setzen sich besonders stark für allgemeine Chancengleichheit (auch unabhängig von der Herkunft) und für Schutz vor Diskriminierung ein (vgl. Wüst 2011; Kap. 2.3.5). Ihr Engagement wurde insbesondere in der kontroversen innenpolitischen Auseinandersetzung um das Antidiskriminierungsgesetz deutlich, die Anfang der 2000er Jahre entflammte, als die EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung vorlagen und in nationales Recht umgesetzt werden mussten. **Tatsächlich ergibt die Analyse der Parteieneigung in Verbindung mit Diskriminierungserfahrungen eine klare Tendenz: Je mehr Benachteiligung Zuwanderer aufgrund der Herkunft erlebt haben, desto eher unterstützen sie Parteien links der Mitte** (Abb. 11). Dass Menschen sich mit zunehmenden Diskriminierungserfahrungen von der eher „monokulturell“ ausgerichteten Union ab- und den eher „multikulturell“ und pluralistisch ausgerichteten Parteien der parlamentarischen Linken zuwenden, ist ein wiederkehrender Befund. Er verdeutlicht vor allem, **dass die Zuwanderer sich an der Programmatik der Parteien zu Migrationsfragen und Teilhabe orientieren** (vgl. Wüst 2011).

3 Fazit und Handlungsempfehlungen

Deutschland ist ein Einwanderungsland mit derzeit hohem Nettozugang; damit wächst tendenziell auch die Wählerschaft mit Migrationshintergrund. In der Parteien- und Wahlforschung gibt es aber nach wie vor kaum Untersuchungen zur politischen Partizipation von Zuwanderern, und noch seltener werden dabei die verschiedenen Herkunftsgruppen ins Zentrum gestellt.

SPD bei Zuwanderern vorn? – Ja, vorerst

Die Analysen des SVR-Forschungsbereichs zeigen, dass sich die Parteieneigungen der Zuwanderer nicht mehr wie früher zu annähernd gleichen Teilen auf die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD verteilen. **Vielmehr bevorzugen Zuwanderer insgesamt die SPD, unabhängig davon, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht.** Diese Verschiebung in den Parteieneigungen der Zuwanderer ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bei den Spät-/Aussiedlern die Bindung an die Unionsparteien zunehmend schwindet. Die deutschstämmigen Zuwanderer bilden unter allen Eingebürgerten mit Migrationshintergrund weiterhin die größte Herkunftsgruppe, und sie waren unter den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund immer die zentrale Stütze der Union. Nun aber verlagern sich ihre Parteieneigungen nach links. Diese Verschiebung war schon länger vorhergesagt worden, sie vollzieht sich jedoch offenbar schneller als gedacht. Die Bindung der Türkeistämmigen an die SPD²⁴ ist dagegen stabil geblieben. Auch die Herkunftsgruppe der ‚Gastarbeiterländer‘ und die Zuwanderer aus der ‚übrigen Welt‘ stehen der SPD nahe, wenn auch bei Weitem nicht so ausgeprägt. All dies zusammen bewirkt, dass die Sozialdemokraten in der Gunst der Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt derzeit an erster Stelle stehen. Zugleich finden die Unionsparteien großen Zuspruch bei den Zuwanderern, die erst in jüngerer Zeit aus anderen, vor allem osteuropäischen EU-Ländern nach Deutschland gekommen sind. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass sich die gegenwärtigen Verhältnisse und die beschriebenen Trends schnell wieder verschieben können, wenn sich die Zuwanderungsmuster verändern.

Auch die aktuelle hohe Fluchtmigration und die damit verbundene Zunahme von Zuwanderern aus der ‚übrigen Welt‘ können bewirken, dass sich die

24 Bei einem Teil der Türkeistämmigen könnte die Bindung an die SPD, ebenso wie die an die Grünen, sinken infolge der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags vom Frühsommer 2016, in der das historische Massaker an dieser Gruppe als Völkermord eingestuft wird. Ende Juni wurde in Deutschland eine neue, türkisch orientierte und der AKP nahestehende Partei gegründet. Sollte sie sich etablieren, könnte dies ein Hinweis darauf sein, dass unter den Türkeistämmigen tatsächlich eine Entzweigung eingetreten ist (vgl. <http://www.zeit.de/politik/2016-06/berlin-think-tanks-tuerkei-russland-eu>, 13.09.2016).



Parteineigungen insgesamt verschieben. Zuwanderer dieser Herkunftsgruppe tendieren bisher stärker als Personen ohne Migrationshintergrund zum linken Parteienspektrum. Ob dies auch für die Gruppe der jüngst nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge gilt, lässt sich indes noch nicht sagen. Denn viele von ihnen verknüpfen ihre Chance, nach Deutschland zu kommen und hier einen Asylantrag zu stellen, mit der Politik der amtierenden Bundeskanzlerin, die der Union angehört. **Weitere Studien müssen beobachten, ob die Gruppe der jüngst zugewanderten Flüchtlinge im Zuge der Integration stabile Parteineigungen herausbildet und ggf. welche.** Sofern sich ihre Aufenthalt verfestigen und sie eingebürgert werden, können sie in nicht allzu ferner Zukunft den Ausgang von Wahlen in Deutschland mitentscheiden.

Erschließung neuer Zielgruppen: mehr Wissen über Zuwanderer nötig

Welche Schlussfolgerungen für die politischen Parteien können aus den vorliegenden Analysen gezogen werden? Zuwanderer sind nicht zwangsläufig weniger an Parteipolitik interessiert als Menschen ohne Migrationshintergrund: Sie benötigen eine gewisse Orientierungsphase, um sich mit den politischen Gegebenheiten und dem Parteiensystem im Land vertraut zu machen, doch dann sind ihre Parteibindungen genauso stabil wie die der ‚Einheimischen‘. **Es wäre also hilfreich, wenn Parteien die Zuwanderer möglichst früh ins politische Geschehen einbeziehen, um diese Orientierungsphase zu verkürzen. Ein Mittel dazu wären etwa mehrsprachige Internetauftritte.**²⁵

Interessant dürfte für die politischen Parteien auch der festgestellte auffällige Unterschied zwischen den Geschlechtern sein: Frauen aus den Herkunftsgruppen Türkei, Spät-/Aussiedler und EU ≤ 2000 geben deutlich seltener eine Parteineigung an als Männer. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass sie grundsätzlich weniger an Politik interessiert sind als Männer. Es könnte auch sein, dass sie von den Parteien nicht

dort abgeholt werden, wo sich ihre Lebenswirklichkeit abspielt. Um diese Frauen könnten die Parteien mit spezifischen inhaltlichen Angeboten gezielt werben.

Grundsätzlich ist die Forschungs- und Datenlage zur Parteipräferenz von Zuwanderern bisher unbefriedigend. So weiß man kaum etwas darüber, wie die Communitys der einzelnen Herkunftsgruppen den politischen Wettbewerb wahrnehmen, über welche Kanäle sie Informationen austauschen, welche Koalitionen und Kandidaten sie bevorzugen und wie sich all dies auf ihre Parteineigungen auswirkt. Mehr empirisches Wissen in diesem Bereich könnte politische Akteure dafür sensibilisieren, wie die Zuwanderer das politische Geschehen wahrnehmen. Dadurch würde es für sie möglicherweise auch attraktiver, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Investition in die Zukunft: Parteien für Zuwanderer öffnen

Zuwanderer bilden ein wichtiges Potenzial für die Parteien – unabhängig davon, ob sie wahlberechtigt sind oder (noch) nicht. Aus Parteipräferenzen von Zuwanderern werden früher oder später Stimmen von Zuwanderern, die wahlentscheidend sein können (Burmester/Krause 2016). In den USA geht man davon aus, dass ohne die *immigrant votes* keine Wahl gewonnen werden kann. Doch in Deutschland bemühen sich die Parteien noch zu wenig darum, für Zuwanderer attraktiver zu werden. **Es reicht dabei nicht, die Zuwanderer nur als potenzielle Wähler zu sehen. Um sie am Prozess der politischen Willensbildung stärker zu beteiligen, müssen die Parteien auch versuchen, sie als Mitglieder oder Mandatsträger zu gewinnen.** Als solche tragen Zuwanderer das Gefühl, in der Gesellschaft wahrgenommen zu werden, Mitspracherechte zu haben und damit auch ‚angekommen‘ zu sein, in ihre Communitys und stärken damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Burmester/Krause 2016). Insofern ist es für die Parteien von zentraler Bedeutung, die zugewanderte Bevölkerung zu binden –

²⁵ Bislang bietet von allen im Bundestag vertretenen Parteien nur Die Linke auf ihrer Website einen Link zu ausgewählten Angeboten auf Englisch.

gerade auch angesichts der aktuellen Bestrebungen des türkischen Präsidenten Erdoğan, die in Deutschland lebenden Türkeistämmigen für parteipolitische Interessen in der Türkei zu instrumentalisieren.

Im Sinne einer politisch-gesellschaftlichen Integration ist es darüber hinaus notwendig, dass die Parteien die Bedürfnisse von Zuwanderern in ihren Programmen angemessen berücksichtigen und sich für Personen mit Migrationshintergrund weiter öffnen. Dazu müssen sie Zuwanderer stärker in die Parteiarbeit einbeziehen. **Eine langfristig angelegte Netzwerkarbeit mit Migrant*innenorganisationen könnte die Beziehungen stärken, ebenso die Ermöglichung niedrigschwelliger Begegnungen zwischen Parteien und Zuwanderern vor Ort – auch jenseits von Wahl-**

kampfzeiten. In einem zweiten Schritt sollten sie als Ideengeber und Multiplikatoren strategisch in die Parteiarbeit eingebunden werden, und zwar nicht nur bei migrations- und integrationspolitischen Fragestellungen, sondern in die gesamte Programmatik und Organisation. Eine stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen dürfte nachhaltig dazu beitragen, ihre politischen Teilhabemöglichkeiten auszuweiten, ihr Zugehörigkeitsgefühl zu stärken und sie zu einem wichtigen Teil der freiheitlich-pluralen Demokratie zu machen. Diese sich bereits jetzt abzeichnenden Veränderungen sollten moderne Parteien begrüßen – denn ihre Zukunftsfähigkeit wird eben auch davon abhängen, ob sie es schaffen, die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden.

Literatur

Bach, Stefan/Grabka, Markus M. 2013: Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen, in: DIW Berlin, 80: 37, 11–18.

Burmester, Hanno/Krause, Laura-Kristine 2015: Mehr als nur Plakate kleben. Warum Parteien eine Mitgliederstrategie brauchen. Herausgegeben vom Progressiven Zentrum in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen, Berlin.

Der Bundeswahlleiter 2013: 5,8 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund sind wahlberechtigt, Pressemitteilung 13.08.2013. (https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/W13013_Wahlberechtigte_Migrationshintergrund.html, 13.09.2016)

Diehl, Claudia/König, Matthias 2011: Religiosität und Geschlechtergleichheit – Ein Vergleich türkischer Immigranten mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung, in: Meyer, Hendrik/Schubert, Klaus (Hrsg.): Politik und Islam, Wiesbaden, 191–215.

Diehl, Claudia/Urbahn, Julia 1998: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid 2016: Parteiwahl und Nichtwahl: Zur Rolle sozialer Konfliktlinien, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, 45–70.

Engels, Dietrich/Köller, Regine/Koopmans, Ruud/Höhne, Jutta 2012: Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Köln/Berlin.

Farrokhzad, Schahrazad 2012: „Es kommt schon mal vor, dass er staubsaugt.“ Geschlechterarrangements – von Leitbildern und Realitäten im interkulturellen und intergenerativen Vergleich, in: Hausbacher, Eva/Klaus, Elisabeth/Poole, Ralph/Brandl, Ulrike/Schmutzhart, Ingrid (Hrsg.): Migration und Geschlechterverhältnisse. Kann die Migrantin sprechen?, Wiesbaden, 231–258.

Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2013: Bundestagswahl. (http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1_BTW_2013.pdf, 13.09.2016)

Hunger, Uwe/Candan, Menderes 2009: Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Münster.

Kroh, Martin/Fetz, Karolina 2016: Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: Wochenbericht des DIW Berlin, 34, 711–719.

Kroh, Martin/Tucci, Ingrid 2009: Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, in: Wochenbericht des DIW Berlin, 47, 821–827.



- Lösche, Peter* 2009: Ende der Volksparteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 51, 6–12.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne* 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland, Nürnberg.
- Niedermayer, Oskar* 2016: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016-NEU. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, Berlin.
- Pfeffer-Hoffmann, Christian/Kaplon, Agnes/Komitowski, Doritt/Kraußlach, Marianne/Oprisor, Anca/Siegert, Wassili/Tammena, Enno* 2016: Fachkräftesicherung durch Integration zuwandernder Fachkräfte aus dem EU-Binnenmarkt, Berlin.
- Roller, Edeltraud/Rudi, Tatjana* 2008: Explaining Level and Equality of Political Participation: The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions, in: Meulemann, Heiner (Hrsg.): Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-Level Analyses of the European Social Survey 2002, Leiden, 251–283.
- Schäfer, Armin* 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum der Rückgang der Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a. M.
- Schäfer, Armin/Roßteutscher, Sigrid* 2015: Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, 99–118.
- Schäfer, Armin/Schwander, Hanna/Manow, Philip* 2016: Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013, in: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, 21–44.
- Sears, David O./Levy, Sheri* 2003: Childhood and Adult Political Development, in: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.): Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford, 99–122.
- Statistisches Bundesamt* 2013: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* 2015: Einbürgerungsstatistik 2014, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* 2016a: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* 2016b: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2015. Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.
- SVR* 2013: Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer, Berlin.
- SVR* 2014: Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer, Berlin.
- SVR* 2016a: Einschätzungen und Haltungen der Bevölkerung zu Asylbewerbern: Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2016, Berlin.
- SVR* 2016b: Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich* 2012: Deutsche Integrationsmaßnahmen aus der Sicht von Nicht-EU-Bürgern. Die Ergebnisse des Immigrant Citizens Survey für Deutschland, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich* 2013: Potenzial für Bundestagswahlen: Politische Partizipation von Drittstaatsangehörigen, Berlin.
- von Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich/Wolffs, Michael* 2001: Integrations- und Zuwanderungskonzepte – Synopse der Positionen. Arbeitspapier Nr. 39, Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Weinmann, Martin/Becher, Inna/Babka von Gostomski, Christian* 2012: Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen. Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011, Nürnberg.
- Wüst, Andreas M.* 2000: New Citizens – New Voters? Political Preferences and Voting Intentions of Naturalized Germans: A Case Study in Progress, in: International Migration Review, 34: 2, 560–567.
- Wüst, Andreas M.* 2002: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Opladen.

Wüst, Andreas M. 2003: Eingebürgerte als Wähler: Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland, in: Wiener Hefte – Migration und Integration in Theorie und Praxis, 1: 1, 113–126.

Wüst, Andreas M. 2004: Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact, in: German Politics, 13: 2, 341–359.

Wüst, Andreas M. 2006: Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Der Bürger im Staat, 4, 228–234.

Wüst, Andreas M. 2011: Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45.

Wüst, Andreas M. 2016: Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany’s Immigrant-Origin Electorate, in: German Politics, 25: 3, 414–432.

Wüst, Andreas M./Heinz, Dominic 2009: Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen, Baden-Baden, 201–218.

Wüst, Andreas M./Saalfeld, Thomas 2011: Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden: Opportunitäten und Politikschwerpunkte, in: Edinger, Michael/Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Politik als Beruf, Wiesbaden, 312–333.

Wüst, Andreas M./Schmitz, Constanze 2010: Zwischen migrationsspezifischer Prägung und politischer Opportunitätsstruktur: Abgeordnete mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten seit 1987, in: Weißeno, Georg (Hrsg.): Bürgerrolle in der Einwanderungsgesellschaft – Chancen des Politikunterrichts, Bonn, 127–143.

Anhang

Tab. 3 Parteipräferenzen nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen (in Prozent)

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	Spät-/Aussiedler	Türkei	EU ≤ 2000	EU > 2000	übrige Welt
CDU/CSU	40,9	27,6	45,2	6,1	29,1	42,3	19,0
SPD	27,9	40,1	25,6	69,8	41,3	24,5	39,0
Bündnis 90/ Die Grünen	13,4	13,2	8,2	13,4	15,5	12,4	16,9
Die Linke	8,9	11,3	11,5	9,6	6,9	10,7	15,4
AfD	1,8	1,8	4,7	0,5	1,1	0,5	0,4
FDP	2,4	2,4	0,7	0,7	3,2	0,3	5,2
Republi- kaner/NPD	1,3	0,7	2,3	/	/	/	0,1
Piraten- partei	1,4	1,7	0,9	/	0,9	8,7	2,7
andere	2,2	1,1	1,0	/	2,1	0,7	1,4

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016; gewichtete Daten

Impressum

Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-5

Herausgeber:

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel.: 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de

Verantwortlich:

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung:

KALUZA+SCHMID Studio GmbH

Druck:

KÖNIGSDRUCK Printmedien und digitale Dienste GmbH

© SVR GmbH, Berlin 2016

ISSN 2363-7358

Die Autoren

Alex Wittlif

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des SVR-Forschungsbereichs

Dr. Henriette Litta

Leiterin des Bereichs Geschäftsführung und Stabsstelle Organisationsentwicklung

Über den Forschungsbereich beim Sachverständigenrat

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat führt eigenständige, anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu den Themenbereichen Integration und Migration durch. Die projektbasierten Studien widmen sich neu aufkommenden Entwicklungen und Fragestellungen. Ein Schwerpunkt der Forschungsvorhaben liegt auf dem Themenfeld Bildung. Der SVR-Forschungsbereich ergänzt die Arbeit des Sachverständigenrats. Die Grundfinanzierung wird von der Stiftung Mercator getragen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören weitere fünf Stiftungen an: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Vodafone Stiftung Deutschland. Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Beobachtungs-, Bewertungs- und Beratungsgremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de/Forschungsbereich

Über die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration ist seit 2005 als Staatsministerin mit Kabinettsrang im Bundeskanzleramt angesiedelt. Sie unterstützt die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik und der Förderung des Zusammenlebens von Ausländern und Deutschen. Ihre Aufgaben und Befugnisse sind im Aufenthaltsgesetz geregelt. Zu ihren gesetzlichen Aufgaben gehört es u. a., die Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern sowie geeignete Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Ausländerinnen, Ausländer und Deutsche gut zusammen leben können.

Die Beauftragte wirkt zudem bei Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung mit und kann auch selbst Vorschläge machen und Stellungnahmen abgeben. Wenn Bundesbehörden Ausländer ungleich behandeln oder deren gesetzliche Rechte nicht wahren, sind sie zur Stellungnahme gegenüber der Beauftragten verpflichtet. Die Beauftragte informiert die Öffentlichkeit über ihre Arbeit und erstattet alle zwei Jahre dem Deutschen Bundestag Bericht über die Lage der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland.

Weitere Informationen unter: www.integrationsbeauftragte.de

Das Projekt wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Rahmen des Themenjahrs Partizipation gefördert.

